

Bildung als Schlüssel für künftiges Wachstum

Unis und Fachhochschulen brauchen eigenständige Profile

NZZ, 2.10. 2019

Economiesuisse spricht sich gegen die Verwässerung der Profile von Universitäten und Fachhochschulen aus. Gleichzeitig fordert der Wirtschaftsdachverband höhere Studiengebühren für Masterstudierende.

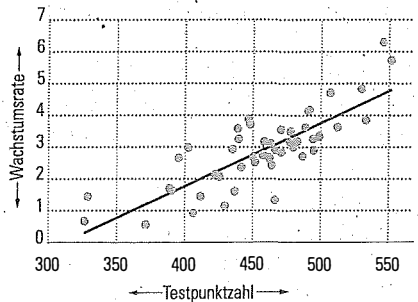
Nicole Rütli

Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein zentraler Baustein der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der Schweiz. Im Urteil von Economiesuisse sind sie gar der Schlüssel zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum. Der Dachverband hat deshalb Leitlinien zur Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik formuliert, «auf die wir uns im politischen Tagesgeschäft abstützen können». Auf einen Nenner gebracht fordert Economiesuisse dabei, dass die Qualität aller Ausbildungen im «guten Schweizer Bildungssystem» kontinuierlich verbessert werde. Exzellenz dürfe kein Schimpfwort, sondern müsse vielmehr Ambition sein, erklärten Chefökonom Rudolf Minsch und Ulrich Jakob Looser, Präsident der Kommission für Bildung und Forschung von Economiesuisse an einer Medienkonferenz in Zürich.

Als wichtig erachtet Minsch unter anderem die Stärkung der eigenständigen Profile von Universitäts- und Fachhochschulen. Die Tendenz, Letztere in «Miniuniversitäten» umzuwandeln und die Universitäten zu einer dualen Ausbildung zu verpflichten, geht gemäss Economiesuisse in die falsche Richtung. Diese Verwässerung schwäche letztlich das Bildungssystem. Im Gegenzug sollten die Fachhochschulen ihre grosse Stärke – die Nähe zur beruflichen Praxis – noch konsequenter ausspielen, anstatt immer mehr Masterstudiengänge anzubieten. Deshalb spricht sich der Dachverband auch gegen ein Promotionsrecht für Fachhochschulen aus.

Im Gegenzug sollen die Universitäten aber durchlässig bleiben und qualifizierte Fachhochschulabsolventen zu fairen Bedingungen zu Master-/PhD-Studiengängen zulassen. Der Einstieg ins

Schulische Leistung fördert Wachstum



Zusammenhang zwischen schulischen Leistungen (äquivalent zu Pisa-Testpunkter) und Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (1960 bis 2000) nach Herausrechnung weiterer Einflussfaktoren; jeder Punkt steht für ein Land.

QUELLE: ECONOMIESUISSE

NZZ / efl.

Rscannz-bX9AZ

Berufsleben sollte demgegenüber auch für Universitätsabsolventen nach dem Bachelor möglich sein.

Gleichzeitig spricht sich Economiesuisse für höhere Studiengebühren ab Masterstufe aus. Studenten müssten im Urteil von Minsch mehr zu den Studienkosten beitragen und ihre Ausbildung als Investition betrachten. Seiner Ansicht nach sollten die Gebühren für Masterstudiengänge deshalb in Zukunft etwa doppelt so hoch ausfallen wie heute, wobei der Entscheid über die Kostenbeteiligung der Studenten eigenständig von den jeweiligen Hochschulen gefällt werden müsse. Um die Chancengleichheit zu gewährleisten, ist laut Economiesuisse nicht bei den Studiengebühren anzusetzen. Vielmehr sei ein ausgebautes und gut funktionierendes Stipendien- und Darlehenswesen das geeignete Instrument dafür.

Zugleich unterstützt der Dachverband die Priorisierung der Bildung und Forschung auf Bundesebene und ein angepeiltes Ausgabenwachstum von 3,3% pro Jahr. Ebenso zentral ist für Economiesuisse die internationale Vernetzung der hiesigen Forschungsinstitutionen. Mit der Teilassoziierung der Schweiz zum EU-Förderprogramm Horizon 2020 ist im Urteil von Minsch Zeit gewonnen worden. Wie es aber nach 2016 weitergehen werde, wisse niemand.

«Reflexe», Seite 24

2
SCHWEIZER BILDUNGSPOLITIK

Mehr Qualität statt Masse

NZZ, 2.10.2014

Nicole Rütti · Die Schweiz steht im internationalen Vergleich als Bildungsplatz und Forschungsstandort gut da. Mit Blick beispielsweise auf das «Times Higher Education World University Ranking» sind rund 80% der hiesigen Studenten an einer (Schweizer) Universität eingeschrieben, die weltweit unter den 200 besten rangiert. Doch der Erfolg ist nicht einfach gegeben, sondern hängt mit den richtigen Weichenstellungen zusammen, die in früheren Jahren vorgenommen wurden. Umso wichtiger ist, dass auch in Zukunft die «richtigen» Entscheide getroffen werden, denn als rohstoffarmes Land wird die Schweiz immer auf ein exzellentes Bildungssystem angewiesen sein. Zu Recht warnt Economiesuisse

deshalb vor einer allmählichen Verwischung der Profile von Universitäten und Fachhochschulen.

Dabei sind auch die finanziellen Anreize zu hinterfragen. Denn die Finanzierung erfolgt heute so, dass die Hochschulträger pro studierende Person entschädigt werden. Dabei zahlt der Bund zwischen 20% und 30%. Der Rest wird von den Heimkantonen der Studierenden übernommen. Wie Economiesuisse festhält, setzt diese Finanzierung unweigerlich einen Anreiz, möglichst viele Studenten auszubilden. Sie fördert also Masse statt Qualität. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müsste den Hochschulen gemäss Economiesuisse vermehrt Autonomie zugestanden werden, um sich im gegen-

seitigen Wettbewerb zu profilieren. Gleichzeitig sollten die Ausbildungsstätten gegenüber der Öffentlichkeit darlegen, ob und wie weit sie die Leistungsziele erreicht haben. Ein guter Indikator ist laut dem Dachverband unter anderem der Erfolg der Studienabsolventen auf dem Arbeitsmarkt.

Und nicht zuletzt sollten Studierende die Bildung an einer Hochschule als Investition betrachten und einen höheren Beitrag zur Finanzierung beisteuern. Gerade beim letzten Punkt ist jedoch ein «goldener Mittelweg» anzustreben. Von einer «Veramerikanisierung» des Bildungssystems, das nur einer privilegierten Oberschicht offensteht, ist nämlich abzuraten.

2